

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 19. Jahrgang, Nr. 8, 18. April 2002

Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Faikensteinstraße 46, 10997 Berlin
Tel/Fax: 030 611 62 49
E-Mail: info@apb-berlin.de

Einblicke

Verbissene Unlogik

Von Irene Runge

Wach gerüttelt ist der Irrglaube an jüdisches Weltmachtstreben. Eine breite Meinung beharrt auf bunten Fernsehbildern und fetten Schlagzeilen. Israels fragwürdige Politik erhält Sympathiewerte, wenn Selbstmordterroristen jüdische Unschuldige in den Tod sprengen. In der nächsten Minute kann das Pendel angesichts von Panzern in Bethlehem und bitterer Armut in den Lagern umschlagen. Entsetzen, Empörung, Wut und Verzweiflung verstärken sich.

Ariel Sharons Lösungslogik ist die eines ultrakonservativen Militärs aus dem vorigen Jahrhundert. Das zu bemerken ist weder anti-semitisch noch anti-israelisch. Im Orient ticken die Uhren anders, mahnte ein israelischer Diplomat, bevor junge Palästinenser kaltschnäuzig zu Terrorbomben umfunktioniert wurden. In manch anti-isrealischer Debatte wird dies aus pro-palästinensischer Solidarität zur Nebensache, während die andere Seite unbedenklich Israels brutale Kriegsführung in den wieder besetzten Gebieten legitimiert.

Bei uns rächen sich dreiundfünzig Jahre Verdrängung, Leugnung und Glorifizierung jüdisch-deutscher Geschichte auch als Lust auf unzulässige Vergleiche. Alle Juden seien schuld wie alle Araber, heißt es unüberlegt, und in Israel agiere Sharon wie Hitler, wird polemisiert. Noch zynischer ist die Scheinfrage, ob sich eine SS-Einsatztruppe von Israels Armee unterscheide.

Dem politischen Verstand, der in Europa auf Reformation und Aufklärung baut, wird der Nahe Osten allmählich so unfassbar wie die anti-semitischen Attacken. In Deutschland verfestigen sich Projektionsflächen für Sympathisanten beider Seiten. Die Freunde und Feinde Palästinas und Israels sollten sich gerade deshalb nicht demonstrativ ineinander verbeißen, sondern den Dialog beginnen.

Irene Runge ist Vorsitzende des Jüdischen Kulturvereins Berlin

Deckerts Treffpunkt

Der frühere NPD-Vorsitzende hat ein Anwesen in Sachsen erworben. Vor Ort wird das Entstehen eines Neonazi-Zentrums befürchtet.

Seite 2 ■

Musikalische Hetze

Rund 100 Skinhead-Bands bringen ihre braunen Songs auf die Bühne oder auf CD.

Seite 3 ■

Rechter Fanclub

Das Stadion des SV Waldhof Mannheim gilt als Kontakthof von Neonazis im Südwesten.

Seite 4 ■

An Infektion gestorben

Zum 60. Jahrestag des Attentats auf SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich, Chef des Reichssicherheitshauptamtes.

Seite 10 ■

Aggressionskarrieren

Immer mehr rechtsextreme Tatverdächtige sind organisiert, viele darunter auch vorher schon straffällig geworden.

Seite 11 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Löhlhöfel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Aktivitäten**Ein Haus für Deckert**

Bürgerinitiative befürchtet die Entstehung eines Neonazizentrums auf halbem Weg zwischen Chemnitz und Dresden.

In Gränitz, einem Ortsteil von Langenau, das in die Stadt Brand-Erbisdorf eingemeindet worden ist, herrscht Aufregung. Im August vergangenen Jahres war der Gasthof des Ortes verkauft worden. Wie jetzt bekannt wurde, hat sich nach langen Jahren des Leerstandes ein Käufer gefunden, der die preisgünstige Gelegenheit beim Schopf gefasst hat und die Wirtschaft künftig unter anderem als Jugenddiskothek nutzen will. Aufregung herrscht in dem sächsischen Dorf, weil der Käufer ausgerechnet der ehemalige NPD-Parteivorsitzende Günter Deckert ist. Der hat vor einiger Zeit ein Jura-Studium in Heidelberg begonnen und gar nicht vor, seinen Lebensabend als Gastwirt zu verbringen. Deckert hat lediglich den Kaufpreis in Höhe von 25 000 DM aufgebracht, um das Anwesen von der Treuhand zu ersteigern. Die erforderliche Konzession hat ein Gastwirt aus Annaberg-Buchholz, der im Auftrag Deckerts tätig werden soll. Nach vorliegenden Informationen soll es sich um einen ehemaligen Landesschatzmeister der sächsischen NPD handeln.

Vor Ort mehrten sich die Befürchtungen, es könne anderes geplant sein als eine simple Diskothek. Elke Altmann, die örtliche PDS-Landtagsabgeordnete, sieht die Gefahr, dass im dörflichen Umfeld ein neues überregionales Zentrum der Neonazis geplant sein könnte. Die günstige Lage auf halbem Weg zwischen Chemnitz und Dresden legt eine solche Vermutung nahe. Günter Deckert, heute wichtiger Vertreter der innerparteilichen Opposition gegen den derzeitigen NPD-Vorsitzenden Udo Voigt, weiß um wichtige Verbündete in der Region und in seinem politischen Umfeld. Die hat er auch nötig, da er in der NPD zunehmend ins Abseits geraten ist.

Zu dieser Opposition, die sich um die im Januar offiziell aufgelöste Revolutionäre Plattform gruppierte, gehört beispielsweise Ronny Thomas, zeitweise Kreisvorsitzender der NPD in Dresden und zugleich Chef der dortigen Kameradschaft Sachsenfront. Thomas ist vorbestraft, weil er im Mai 1998 an einem Überfall auf Punks beteiligt war. Auch in der Lausitz, wo Deckert zunächst ein Objekt in der Gegend von Bautzen favorisiert hatte,

verfügt er über einschlägige Verbündete wie den Görlitzer NPD-Kader Jürgen Krumpholz, dem die Organisation der letzten Tagung der NPD-Opposition oblag. Für diese Kräfte, die sich zunehmend von der Parteiführung abwenden, wie auch für offen neonazistische Gruppen wie den Leserkreis der Zeitschrift „Recht und Wahrheit“, für dessen Treffen Deckert neuerdings Kontaktperson ist, dürfte das Anwesen attraktiv sein und als Anlaufpunkt dienen. Deckert selbst gibt unumwunden zu, dass er beabsichtige, Gästezimmer herzurichten, um Freunde zu beherbergen.

Programmatisch will er seinen neuen Besitz „Deutsches Haus“ benennen. Ihn stört vor allem, dass der Plan noch vor der Verwirklichung in die Öffentlichkeit gekommen ist. Denn vor Ort hat sich eine Bürgerinitiative gebildet, die über Deckert und dessen Vergangenheit informiert und sich zum Ziel gesetzt hat, ein Neonazi-Zentrum zu verhindern. Deckert sieht wieder einmal Volksverhetzer von der PDS am Werke, die Lügen über ihn verbreiten. So präsentiert er sich als verfolgte Unschuld und nutzt zugleich die Gelegenheit, antisemitische Ressentiments zu verbreiten: Wenn hier eine Synagoge gebaut würde, wäre kein Krach.

Angst vor Krach hat auch der Ortsvorsteher, der erst aus den Medien erfahren haben will, was seiner Gemeinde ins Haus steht. Der Bürgerinitiative hat er aus Angst vor Auseinandersetzungen den angemieteten Raum gekündigt. Deckert selbst behauptet, sich schon im Herbst vergangenen Jahres an die Verwaltung gewandt zu haben. Zu der Versammlung der Gegner will er persönlich erscheinen, für sein Anwesen fordert er von der Polizei Objektschutz. Der zuständige Freiburger Landrat Volker Uhlig befürchtet eine politische Treibmine. Eine späte Einsicht. Denn er war bereits im November 2001 durch den Verfassungsschutz informiert worden, war mit seinem Wissen jedoch nicht in die Öffentlichkeit gegangen.

Doch vielleicht hat sich Deckert auch wieder einmal selbst ein Bein gestellt und mögliche Gefährten verprellt. Während die Freien Kameradschaften und deren Umfeld in der NPD sich über den Umgang mit Informanten des Verfassungsschutzes in der Partei aufregen und der Führung Lachheit vorwerfen, hat er gerade eine Veranstaltung in Heidelberg durchgeführt. Stargast war der langjährige VS-Agent Wolfgang Frenz. Die Szene kocht. Ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, da Deckert jede Unterstützung braucht.

Volkmarr Wölk

Aktivitäten

Vertonte Hetze

„Hauptkampflinie“ zählt zu den beliebtesten der rund 100 Skinheadbands.

Für die nordhessische Band „Hauptkampflinie“ – in Szenekreisen kurz HKL genannt – wäre es fast ein Heimspiel gewesen: In Kirtorf im Vogelsbergkreis, unweit von Marburg, sollte die Gruppe auftreten. Doch daraus wurde nichts. Der hessische Verwaltungsgerichtshof machte den Neonazis, die das Konzert planten, einen Strich durch die Rechnung. Die Kasseler Richter bestätigten eine Entscheidung des Landrats im Vogelsbergkreis, der quasi präventiv ein Verbot für einen HKL-Auftritt in Kirtorf erlassen hatte. Das Versammlungsgesetz sehe vor, so die Richter in ihrer Entscheidung vom 28. März, dass Veranstaltungen verboten werden könnten, sofern dort voraussichtlich strafbewehrte Ansichten geäußert oder geduldet würden.

Und das ist bei einem Konzert von HKL nie ausgeschlossen. Im Gegenteil. Hessens Verfassungsschützer zitieren aus ihrem Song „Kanakan raus“, enthalten auf dem Sampler „Northeim live! Volume 3“: „Der Abschaum feiert schon den Sieg, doch euch Schweinen sei geschworen, wir haben erst eine Schlacht verloren und noch nicht den ganzen Krieg... Doch aus dem Grab ertönt der Ruf, der Ruf, Deutschland steh auf, zurück ans Gewehr zur Gegenwehr, schmeißt endlich die Kanaken raus.“ Den Sampler ließ das Amtsgericht Oldenburg beschlagnahmen. Die HKL-CD mit dem Titel „Völkermordzentrale“ ist von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften indiziert worden. Auf Konzertauftritten der Band sei häufig „Deutschland den Deutschen – Ausländer raus“, „Sieg Heil“ und „Heil Hitler“ skandiert worden, berichteten die Verfassungsschützer.

Doch nicht immer werden wie in Kirtorf Auftritte der „Hauptkampflinie“ im Vorfeld verhindert. Bei dem Neonazi-Konzert Mitte März in Dortmund (BNR 7/02) gehörte die Gruppe neben zwei US-amerikanischen Gruppen zu den Top-Acts. Bei bundesdeutschen Neonazis zählt die Band – nicht zuletzt wegen ihrer Radikalität – zu den besonderen Lieblingen. Bei 80 Konzerten (2000: 82) wurde im vorigen Jahr der Musikgeschmack und die ideologische Aufnahmefähigkeit der Szene bedient. So berichtete die Bundesregierung jedenfalls auf ei-

ne Kleine Anfrage der PDS-Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke. Auch die Zahl der Konzerte von Liedermachern der Szene hat demnach von 44 auf 40 leicht abgenommen. Mehrmals sei es bei der Auflösung der Konzerte oder wenn es um die Einhaltung von Verbotsverfügungen ging, zu gewalttätigen Ausschreitungen durch die Konzertbesucher gekommen, heißt es in der Antwort der Bundesregierung. Im sachsen-anhaltinischen Martinsrieth hätten die Besucher massiven Widerstand gegen die Auflösung des Konzerts geleistet: „Die eingesetzten Polizeikräfte wurden mit Steinen, Flaschen, Getränkedosen und brennenden Gegenständen beworfen.“ Überwiegend ging es jedoch „nur“ um den Paragraphen 86a des Strafgesetzbuchs, das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. 16 Konzerte wurden bereits im Vorfeld verboten, berichtete die Regierung. 14 Konzerte seien nach Beginn aufgelöst worden.

■ 20 Jahre „Borussenfront“ ■

Insgesamt schätzt die Bundesregierung, dass im vorigen Jahr – wie im Jahr 2000 – 100 Musikgruppen rechtsextremistische Skin-Musik auf die Bühne oder auf CD bringen. Drastisch abgenommen hat die Zahl der Liedermacher in der Szene. Neun statt im Jahr zuvor 20 seien noch aktiv gewesen. Leicht geschrumpft ist demnach auch die Zahl der Musikvertriebe: 40 Vertriebe machten 2001 noch ihr Geschäft mit CDs, Skinhead-Kleidung und -Schmuck, abgesehen von jenen „Händlern“, die nur bei Konzerten ihre Stände aufbauten. Jelpkes Fazit im Jahr eins nach dem „Blood&Honour“-Verbot: Eine weitgehend konspirativ vorgehende Netzwerk-Struktur mit zahlreichen Kontakten ins Ausland beliefere weiterhin besonders Jugendliche mit rechtsextremistischer Musik.

Auch die Liebhaber von Musik, die Neonaziherzen anspricht, blieben in Kirtorf trotz der Entscheidung der Richter aus Kassel nicht unversorgt. Statt des HKL-Konzerts fand dort am Ostersonntagabend mit rund 600 Besuchern die 20-Jahr-Feier der rechtsextremen Dortmunder Borussenfront statt. Mit von der Partei: die in Hool-Kreisen beliebte Band „Kategorie C“. Ein Stück dieser Band wiederum findet sich – neben HKL-Klängen – auf dem Sampler „Die Deutschen kommen II“. Offenbar feierten dort denn auch nicht nur Hooligans. Ein Konzertbesucher in einem Internetforum: „Ich kam mir eher auf ‘nem NPD-Parteitag vor als auf ‘ner Hool-Party.“

Tomas Sager

Aktivitäten**Treffpunkt Stadion**

Wieder führt die Spur von einem Brandanschlag in der Vorderpfalz direkt in die Fankurve des SV Waldhof Mannheim.

„Zum Wohl – die Pfalz“ – mit diesem Slogan bemüht sich die Weinregion südlich und westlich von Ludwigshafen um ein sauberes Image. Doch in den beschaulichen Weindörfern wächst die rechtsextreme Szene schneller als die Reben am Südhang. Auf den Verkehrsschildern der 1200-Seelen-Gemeinde Erpolzheim kleben Aufkleber von „Pühses Liste“ oder der „NSDAP-AO“. Offenbar stören sich weder Polizei noch Gemeinde an der rechten Propaganda. „Die Pfalz ist der größte braune Sumpf außerhalb der neuen Bundesländer“, sagt ein Staatsschützer. Zunächst bilden sich rechte Dorfcliquen, dann kommen die Babyglätzen langsam mit den erfahrenen Männern der Szene in Berührung: auf Weinfesten, in rechten Kneipen oder in der Fankurve des SV Waldhof Mannheim.

Zum dritten Mal in nicht mal zwei Jahren flogen nun in der Nacht zum Ostermontag in der Pfalz Brandsätze. Eine Gruppe Skinheads warf in Erpolzheim (Kreis Bad Dürkheim) einen Molotow-Cocktail auf ein Wohnhaus. Das Feuer auf dem Dach konnte gerade noch rechtzeitig gelöscht werden. In dem Gebäude hatten Jugendliche aus der linken Szene eine private Party gefeiert. Die 10 bis 15 Skinheads hatten das Fest gestört und die Besucher provoziert. Als es nicht zur erhofften Schlägerei kam, bastelten die Rechten einen Brandsatz.

Die drei 19-jährigen Skins Christopher Berry, Benjamin R. und Nico R. wurden noch in der Nacht festgenommen. Der mutmaßliche Haupttäter Jaime Burkhardt flüchtete nach Berlin. Dort stellte er sich eine Woche später der Polizei. Der Bürgermeister von Erpolzheim nahm nach dem Anschlag die rechte Clique in Schutz: Nicht jeder mit kurzen Haaren sei ein Neonazi. Knapp zwei Wochen später musste er einräumen, dass sein eigener Sohn in der Tatnacht mit den Skinheads unterwegs war.

Die Skinheads Berry und Burkhardt waren auch Stammgäste bei den Heimspielen des SV Waldhof. Das Stadion gilt schon lange als größter Treffpunkt der rechten Szene im Südwesten. Nirgendwo knüpft man leichter Kontakte, als am Rande der

zweitklassigen Kickerei in Mannheim. Der Betreiber des Klein-Versandes „Terror-Records“, Aron Wilhelm aus Ludwigshafen, kommt gerne mal mit dem orangefarbenen T-Shirt des rechten Waldhof-Fanclubs „Uhrwerk Mannheim“ zum Spiel. Der Fanclub hat sogar eine eigene Fußballmannschaft, bei der auch der ehemalige Sänger der Skinhead-Band „Bosheit“, Andreas Wagner, mitbolzt. Vor wenigen Wochen hat der Ludwigshafener Neonazi Christian Hehl vor einem Waldhof-Spiel Karten für das Jubiläumskonzert der rechtsextremen Dortmunder „Borussenfront“ verkauft.

Ganz gleich wo die Mannschaft aufläuft, die Glatzenschar ist fast immer dabei: Am Vatertag 1999 stürmten Skins und Hools in Offenbach eine baufällige Tribüne. Manuel Jakob, der Herausgeber des Fanzines „Doitsche Offensive“ und Ex-Schlagzeuger der Skinhead-Band „Bosheit“, riss zwei Meter lange Holzlatten aus der Verankerung und schleuderte sie auf gegnerische Fans. Im Jahr darauf warfen die beiden Mitglieder des Waldhof-Fanclubs „Kurpfalzfront“ Andreas Wiegand und Steffen Schwarm einen Molotowcocktail auf die Asylbewerberunterkunft in Ludwigshafen. Ein kleines Mädchen erlitt schwere Verbrennungen.

Nachdem beim Prozess gegen Wiegand, Schwarm und zwei weitere Skinheads der Staatsanwalt die Waldhof-Szene als „rechtsradikalen Sumpf“ bezeichnete, wurde der Verein kurzzeitig wach gerüttelt. Hastig verteilte man Stadionverbote: an Christian Hehl, der zu dieser Zeit eine Haftstrafe abbrummte und ohnehin keine Spiele besuchen konnte, an Wiegand und Schwarm, die frisch festgenommen in Untersuchungshaft waren. Inzwischen hat der SV Waldhof wieder seine gewohnte Ruheposition eingenommen. Ein Blick auf die aktuelle Liste der „Fans“ mit Stadionverbot erstaunt: Den Namen Jakob sucht man vergebens, dafür stößt man aber auf den seit Monaten inhaftierten Skinhead Ronny Reimer aus Schifferstadt. In Polizeikreisen spottet man bereits, das Ganze sei eher eine Gefangenenliste der HNG, als ein Hilfsmittel, um Nazi-Schläger am Stadionbesuch zu hindern. Auch die beiden Brandsatzwerfer von Erpolzheim, Berry und Burkhardt, haben kein Stadionverbot.

Der Verein schaut weg, wenn die Rechten den Kickern zjubeln. Geschäftsführer Dollmann weiß angeblich nichts von Fans, die Brandsätze werfen: „Ich wehre mich gegen solche Unterstellungen. Ich bin seit zweieinhalb Jahren beim Verein. In dieser Zeit war kein größerer Vorfall!“ *Benny Bender*

Aktivitäten**Naziparolen bei AOL****Mitgliederverzeichnis als Forum genutzt**

America Online, kurz AOL, mit 34 Millionen Kunden weltgrößter Internet-Provider, bietet Neonazis ein Forum. Jeder Kunde kann im Mitgliederverzeichnis ein Profil anlegen und Rubriken wie Beruf, Hobbys, Persönliches Motto ausfüllen, die mittels einer Suchanfrage für andere AOL-Nutzer einsehbar sind. So gibt der AOL-Kunde mit Namen „Astro33GP“ als Hobbys an „Schlachten unschuldige Juden“ und als persönliches Motto: „Unsere letzte Hoffnung – Hitler“. „DerTiminator“ nennt als seinen „richtigen“ Namen Adolf H. und als Hobbys: „juden-verfolgung-verbrennung“. „Lonsdale X 88“ verkündet „Ich bin stolz ein Deutscher zu sein“ und hat das Motto: „Jedem das...“. „Fast H3llfir3“ gibt vor, aus Auschwitz zu kommen und als Familienstand: „Verheiratet mit Eva Braun“. „Rinnstein Kid“ aus Sachsen hat das Motto: „Der brave bürger ist blind doch ihr könnt es seh'n das deutsche Reich wird wieder auferstehen. 88“.

Im vorigen Sommer wurde AOL durch Presseberichte erstmals auf die Naziparolen in den Mitgliederprofilen hingewiesen und versprach Abhilfe. Gegen Mitglieder mit Namen wie „Reinhard Hitler“ oder „Heinrich Himmler“ aus den USA sowie Großbritannien sei man auf Grund der dortigen Gesetzeslage relativ machtlos, meint ein AOL-Sprecher. Allerdings muss jeder AOL-Kunde bei der Anmeldung versichern, den Service nicht „zu rechtswidrigen und pornografischen oder für Minderjährige ungeeigneten Zwecken zu nutzen“. Eine Handhabe gibt es also, allein es geschieht nichts. Eine simple Suchanfrage mit Begriffen wie Hitler, Heil, Juden oder 88 erbringt unverzüglich reichlich Ergebnisse. Nachdem das „Hamburger Abendblatt“ jetzt erneut eine Anzahl von Nazi-Profilen deutscher AOL-Kunden veröffentlicht hat, versicherte ein Sprecher der Firma, man habe diese vom Netz genommen. Doch sind sie und andere nach wie vor online. Es sei aufwendig und zeitraubend, die Profile zu durchsuchen, schließlich habe man 2,5 Millionen Kunden in Deutschland. Aber die wenigsten legen ein Profil an. Wer ein solches erstellt, ist ausdrücklich auf der Suche nach Gleichgesinnten. Somit bietet das Mitgliederverzeichnis von AOL eine konkrete Vernetzungsfunktion für „Astro33GP“ und die übrigen an.

Uwe Ruprecht

Grauzone**Politisches Kabarett****Schill-Partei will in Sachsen Fuß fassen**

Als ungewolltes Kabarett gestalteten sich die jüngsten regionalen Gründungsversuche der Schill-Partei in Sachsen. Während das Publikumsinteresse für die Errichtung eines Kreisverbandes Leipzig-Land in Kohren-Sahlis so sehr zu wünschen übrig ließ, dass Koordinatorin Beatrix Lüders (Wyrhratal) nur feststellen konnte, dass die notwendige Zahl an Interessenten deutlich verfehlt wurde, gestaltete sich die erste öffentliche Informationsveranstaltung für den Muldentalkreis in Wurzen als Farce.

Ganze vier Minuten dauerte das Einführungsreferat des zuständigen Koordinators Lothar Köppe. Viel mehr als die Zahl von rund 380 eingeschriebenen Mitgliedern in ganz Sachsen und 15 im Kreisgebiet erfuhren die wenigen Zuhörenden nicht. Inhalte mied Köppe tunlichst, beließ es bei dem Hinweis, im Gegensatz zu den anderen Parteien wollen man offen und ehrlich arbeiten. Man unterbreite bewusst keine fertigen Lösungen, sondern wolle die Vorschläge Unzufriedener aufnehmen. In der folgenden Diskussion wurde zwar die Arbeitslosigkeit als Hauptproblem in Sachsen benannt, doch fand sich genau dazu nicht eine einzige Bemerkung in den dünnen programmatischen Leitsätzen, die ausgeteilt wurden. Die Erläuterungen erfolgten durch ein jüngeres Mitglied mit deutlich norddeutschem Akzent. Jetzt würden ABM-Stellen geschaffen wie verrückt, um die Arbeitslosigkeit künstlich zu senken. Nach der Bundestagswahl stünden die Leute alle wieder auf der Straße. Verwundert rieben sich die Zuhörer die Augen, war doch die Meldung gerade erst durch die Presse gegangen, dass die Stellen im Kreisgebiet in großem Umfang nicht verlängert werden.

„Gehen Sie bitte nicht zu hart mit uns ins Gericht“, bittet ein Mitglied jener Partei, die ansonsten alle Straftäter die volle Härte des Gesetzes spüren lassen will. Eine verständliche Bitte, handelt es sich doch bei dem bekanntesten sächsischen Vertreter um den Ex-CDU-Funktionär Herbert Goliasch, der von seiner eigenen Partei wegen Aktivitäten für den KGB ins Abseits gestellt worden war. Auffällig auf Landesebene bleibt, dass die ersten Organisationsversuche dort stattfinden, wo bisher die im Zerfall befindliche DSU relativ stark war. *Volkmar Wölk*

Hintergrund**Rechter Volkstribun**

DVU-Parlamentarier im Bremer Landtag bevorzugt den Wortstamm „Deutsch“.

Drohungen, Diffamierungen, Pöbeleien und Beleidigungen – wann immer der Bremerhavener DVU-Abgeordnete Siegfried Tittmann das Rednerpult betritt, müssen die Vertreter der demokratischen Parteien auf rhetorische Querschläger gefasst sein. Tittmann wettert vehement gegen die „herrschende Politikklasse“, verfälscht nach eigenem Gutdünken Zitate und trage eine „deutlich ausländerfeindliche, rassistische, antisemitische extrem nationalistische und völkische Haltung zur Schau“. Zu dieser Einschätzung kommt eine von den Grünen beauftragte Untersuchung von 92 Debattenbeiträgen Tittmanns in der ersten Hälfte der laufenden Wahlperiode. „Tittmann missbraucht das Parlament als Vehikel für reine Parteipropaganda und Populismus“, so das Fazit von Autor Thomas Kollande.

Tittmanns bevorzugte Themen lassen sich unter den Überschriften Deutsches Volk, Nationalstolz, Abwehr von ausländischen Ansprüchen gegenüber Deutschland und Staatsverständnis der DVU zusammenfassen. In seinen Reden betont der begeisterte Kampfsportler stets den Unterschied „deutsch/nichtdeutsch“, agiert häufig mit der Gleichsetzung „nichtdeutsch = kriminell oder bedrohlich“ und wird nicht müde, die DVU als einzige („demokratische“) Alternative im so genannten etablierten Parteiensystem zu preisen. Ganz schrille politische Töne sind von Tittmann aber selten zu vernehmen, weiß der Grünen-Abgeordnete Matthias Güldner aus zweijähriger Erfahrung: „Mit der Hinwendung zu politisch unverfänglichen Themen wie Tier- und Denkmalschutz hat Tittmann sich von radikalen Agitationen verabschiedet.“

Sind die Interessen der Bürger Thema, meint Tittmann stets den „deutschen Bürger“. Es geht ihm ausschließlich um „deutsche Altersgenossen, deutsche Bauern, deutsche Presseorgane, deutsche Steuerzahler, deutsche Straßen, deutsche Selbständige, deutsche Erwachsene...“. Dabei macht er auch vor unsinnigen Wortkombinationen keinen Halt: „Deutsches Deutschland, deutsche Bundeswehr.“ In 92 Debatten verknüpft der 47-Jährige die Wörter „Bürger“ und „Bevölkerung“ mit dem Wortstamm „Deutsch“. Der Bewunderer der Weltkriegs-Mi-

litärs Rudel, Rommel und Dietl schöpft in seinen Tiraden offenbar bedenkenlos aus dem Vokabular der Nazis. Das belegen die von ihm benutzten Begriffe Eindeutschung, Germanisierungswelle oder Umvolkung. Die Studie stellt auch Zusammenhänge her. So zieht Autor Kollande zu dem Stichwort „Umvolkung“ den Informationsdienst gegen Rechtsextremismus heran: „Mit dem in der Nazizeit geprägten Begriff machen heute rechtsextremistische Gruppen, Parteien und Personen Stimmung gegen Ausländer.“

Manchmal wird Tittmann richtig unappetitlich. Etwa wenn er Abtreibung als „Endlösung im Mutterleib“ bezeichnet. Dabei hören sich seine Ausführungen zum „Erhalt des deutschen Volkes“ und sein Ruf nach „deutschem Nachwuchs für unser Volk“ teilweise an wie etwas modifizierte Nazi-propaganda, was Kollande an der Gegenüberstellung eines Textes aus dem „Illustrierten Beobachter“ von 1936 veranschaulicht.

In fast allen Reden gelingt es dem rechten Volkstribun, eine Verknüpfung mit der Ausländerthematik herzustellen. Ein Beispiel: Als die Bürgerschaft nach einer Gasexplosion in der Bremer Neustadt auf Antrag Tittmanns über einen „Hilfsfond für Katastrophenopfer“ diskutiert, nutzt der die Gelegenheit. Um über angebliche Steuerverschwendungen zu Gunsten von „Asylanten“ zu hetzen – frei nach dem Motto: Die kriegen reichlich Knete, (deutsche) Katastrophenopfer seien dagegen auf sich allein gestellt oder auf die „Barmherzigkeit privater Stellen“ angewiesen. Auch die häufige Erwähnung der Wörter zum Themenkreis „Ausländer“ und „Asyl“ ist dem Autor, der sich mühsam durch die Plenarprotokolle der 39 Landtagssitzungen gekämpft hat, nicht verborgen geblieben. In den 92 Debatten benutzt Tittmann über 270 Mal Wendungen zu diesem Bereich, meist mit negativer Tendenz: „Kriminelle Asylschmarotzer, Scheinasylanten, ausländische Schwarzarbeiter, ausländisches Banditentum, Einwanderungsflut, Multikulti-Scheinwelt, ach so friedliche ausländische Erzengelchen...“

Zu seinem Mandat kam Tittmann im Übrigen wegen einer Besonderheit des Bremer Wahlrechts: Die DVU war 1999 an der Fünf-Prozent-Hürde (landesweit 3,03 Prozent) gescheitert, hatte in Bremerhaven aber 5,99 Prozent geholt. Das reichte für einen Sitz im Bremer Landtag. *Volker Stahl*
Die Studie von Thomas Kollande „... und ich sage im Namen der Deutschen Volksunion“ ist bei den Bremer Grünen kostenlos erhältlich, Tel. 0421/30110.

Verfassungsschutz

Anlass zur Sorge

Militante Rechte und Neonazis in Nordrhein-Westfalen im Aufwärtstrend – Stagnation weitgehend in Rheinland-Pfalz.

Trotz eines leichten Rückgangs der Zahl der rechtsextrem motivierten Körperverletzungen (120; Vorjahr: 136) sieht der nordrhein-westfälische Innenminister Fritz Behrens keinen „Grund zur Entwarnung“. Unerträglich sei es, dass Rechtsextremisten „Menschen wegen ihrer Hautfarbe, Herkunft, Religion oder politischen Meinung attackierten“, betonte Behrens bei der Vorstellung des aktuellen Landesverfassungsschutzbericht. Nach einem starken Anstieg der rechtsextremen Straftaten im vorherigen Jahr um 74,1 Prozent (2 223) wird deren Anzahl für den Berichtszeitraum mit 1572 Vorfällen beziffert, 193 Straftaten lag antisemitische und 641 fremdenfeindliche Motivation zugrunde. 574 rechte Straftäter wurden rechtskräftig verurteilt.

Mit nunmehr 850 Personen (2000: 720) ist in Nordrhein-Westfalen das Potenzial an Skinheads und militanten Rechten deutlich angestiegen. Ein Zuwachs wird auch innerhalb des neonazistischen Spektrums konstatiert, dem 270 (220) Aktivisten zugerechnet werden. Hervorgetan hat sich die Neonaziszene insbesondere durch ihre aktionistische Strategie. Im vergangenen Jahr wurden knapp 20 Demonstrationen gezählt. Die durch freie Kameradschaften lose strukturierte Szene wird nach Erkenntnissen der Verfassungsschützer vielfach von früheren FAP-Funktionären dominiert. Als Anmeldender der Aufmärsche fungierte in mehreren Fällen der Hamburger Neonazi Christian Worch. Am 2. März dieses Jahres folgten an die 600 Teilnehmer dem Aufruf Worchs gegen die Wehrmachtsausstellung in Bielefeld. Dorthin hatte die NPD vier Wochen zuvor 1700 Demonstranten gegen die Wehrmachtsausstellung mobilisiert. Nach Angaben des Landesamtes rekrutierte sich dabei rund die Hälfte aus Skinheads und Neonazis. Wegen der VS-Agenten in den Reihen der NPD wollen NRW-Neonazis allerdings bis auf Weiteres keine gemeinsamen Aktionen mehr mit der NPD durchführen: „Keine Absprache mit Verrätern und ihren Helfern“, heißt es seitens des „Widerstandsbüros West“. Das Amt des wegen seiner Enttarnung als langjähriger Verfassungsschutzträger geschassten NPD-Landeschefs Udo Holtmann haben einstweilen die drei

Stellvertreter Tino Pradel, Wolfgang Henning und Bernd Kremer übernommen. Mit einem Verlust von rund 100 Personen (jetziger Stand: 750) befindet sich der Landesverband im Abwärtstrend, den Jungen Nationaldemokraten werden nach wie vor 60 Anhänger zugerechnet.

Der Rückgang des rechtsextremen Personenpotenzials im Bundesland auf 5280 (minus 190) dürfte ausschließlich auf die extrem rechten Parteien zurückzuführen sein. Neben der NPD verlor auch die DVU rund 100 Anhänger (aktuell: 2000). Die Talfahrt bei dem früher mitgliederstarken REP-Landesverband setzte sich weiter fort. Die REP verfügen nur mehr über 1300 Anhänger (Vorjahr: 1450).

Breiten Raum nimmt in dem nordrhein-westfälischen Bericht für 2001 wiederum die Darstellung der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ ein. Die Behörde listet zahlreiche Fakten auf, die unter anderem eine Zusammenarbeit der JF mit dem rechtsextremen Spektrum belegen. Erwähnung findet auch das Institut für Staatspolitik, das amtlich als „Teil des Projektes ‘Junge Freiheit’“ gewertet wird.

Der Rechtsextremismus bleibt „weiterhin ein Beobachtungsschwerpunkt des Verfassungsschutzes“, betonte der rheinland-pfälzische Innenminister Walter Zuber bei der Vorstellung des neuen Jahresberichts am 9. April in Mainz. Geringfügig abgenommen um 50 Personen hat das rechtsextreme Potenzial auch in Rheinland-Pfalz, das mit nunmehr 1850 beziffert wird. Als einzige Partei musste aber die DVU Federn lassen, die mit 100 Abgängen nur mehr über 750 Mitglieder verfügt. Die REP konnten – gänzlich entgegen ihrem Abwärtstrend – 50 Neumitglieder gewinnen und steigerten sich auf 650 Mitstreiter. Über nach wie vor 250 Anhänger verfügt die NPD, wobei ein gewisser Mitgliederückgang festgestellt wird. Die NPD-nahe „Deutsche Akademie“ in Kaiserslautern, an der neben anderen der rheinland-pfälzische NPD-Vorsitzende Martin Laus aktiv ist, ist nach Ansicht des NRW-Verfassungsschutzes als Versuch zu werten, eine „intellektuelle Kaderschmiede“ zu schaffen. Den militanten Rechten werden wie im Vorjahr rund 100 Personen zugerechnet. Von den rund 350 Skinheads stuft die Landesbehörde etwa 50 als neonazistisch ausgerichtet ein, ferner werden rund 50 überwiegend organisierte Neonazis als gewalttätig angesehen.

Ein Rückgang ist zu vermelden bei den rechtsextremen Gewaltdelikten auf 32 Vorfälle (37), wobei allerdings eine versuchte Tötung und 28 Körperverletzungen (33) zu verzeichnen waren. G.N.

Ausland**„Wahlpatenschaft“**

Die rechtsextremen Parteiführer können für das Präsidentenamt kandidieren.

Er wird dabei sein: Jean-Marie Le Pen, der Chef des französischen rechtsextremen Front National, hatte zuvor Zeter und Mordio geschrien. Denn er drohte die erforderlichen 500 Unterstützungs-Unterschriften von Mandatsträgern der Republik nicht zusammenzubringen, die er braucht, um zur Präsidentschaftswahl am 21. April antreten zu können. Am Ende hat es dann doch auch für ihn gereicht. Bürgermeister kleinerer Kommunen geben ihre „Wahlpatenschaft“ oft im Namen der Demokratie und des Parteienpluralismus Kandidaten (deren Parteien nicht über genug eigene Mandatsträger verfügen), ohne deren politische Überzeugungen zu teilen. Davon hat wohl auch Le Pen profitiert.

Dieser kann bereits jetzt triumphieren: Seit dem Aufruhr, den Jean Marie Le Pen rund um die ihm zeitweise fehlenden „Wahlpaten“ veranstaltet hat, stand der FN-Chef schließlich doch wieder im Mittelpunkt der Medien. Zum ersten Mal seit 1984 war er aus dem Blickfeld während der letzten zwei Jahre weitgehend verschwunden. Jetzt konnte Le Pen einmal mehr seine Lieblingsrolle spielen, jene des „Opfers des Systems“. Prompt ist auch sein weiterer Aufstieg in den Vorwahlumfragen zu verzeichnen: Am Ende der ersten Aprilwoche verzeichnete das Ipsos-Institut ihn in seinen Prognosen bei 13 Prozent der Stimmen.

Neben Le Pen kann auch sein Erzrivale Bruno Mégret kandidieren. Auch er hat die 500 Unterstützungs-Unterschriften zusammengebracht. Doch hat er dies allem Anschein nach zum Teil einer bewussten Strategie der Konservativen zu verdanken. Schenkt man der Satire- und Enthüllungszeitung „Le Canard enchaîné“ (27. März 2002) Glauben, dann hat die Umgebung des Kandidaten Chirac mindestens 150 Bürgermeister aus ihrem Lager gezielt für Mégret unterschreiben lassen. Mégret hat seinerseits bereits angekündigt, den bürgerlichen Kandidaten in der Stichwahl am 5. Mai gegen den Sozialdemokraten Lionel Jospin zu unterstützen. Längerfristig könnte dies ein Spiel mit dem Feuer darstellen. Kurzfristig allerdings kann Bruno Mégret realistisch nur auf ein bis zwei Prozent der Wählerstimmen hoffen.

Bernhard Schmid

NS-Vergangenheit**Der „Todesengel“**

Ehemaliger SS-Führer von Genua muss sich vor Gericht verantworten.

Eine ganz besondere Osterüberraschung erlebt Friedrich Engel. Während der Feiertage fand der 93-jährige Rentner eine Anklageschrift der Hamburger Staatsanwaltschaft in seiner Post. Nach fast 60 Jahren erhebt die Staatsanwaltschaft nun gegen den ehemaligen Chef der Schutzstaffel (SS) in Genua Anklage wegen „Mordes in 59 Fällen“.

Über 57 Jahre lebte Engel ohne Namensänderung unbehelligt von der deutschen Justiz in Hamburg-Lokstedt. Aufmerksam auf Engel wurde die Staatsanwaltschaft erst, nachdem Anfang 2001 das ARD-Magazin „Kontraste“ über den SS-Verbrecher berichtete. „Wir merken, dass der Druck wächst“ räumte Oberstaatsanwalt Martin Köhnke damals ein und versprach, das Ermittlungsverfahren gegen den „mutmaßlichen Nazi-Kriegsverbrecher schnell abzuschließen“. Engel wurde vorgeladen, das Haus durchsucht und mehrere Akten sichergestellt. Warum nicht schon 1998 die Ermittlungen beschleunigt wurden, weiß Rüdiger Bagger, Sprecher der Staatsanwaltschaft, nicht. Denn damals hatte die Staatsanwaltschaft durch Pressemitteilungen von dem laufendem Gerichtsverfahren gegen Engel vor der Militärstaatsanwaltschaft Turin erfahren und wurde zudem von den italienischen Behörden um Rechtshilfe ersucht. Von einem „mangelnden Strafverfolgungsinteresse“ möchte Bagger aber nicht reden. Denn schon im Oktober 1998 hätte ein „Sonderdezernat“ begonnen zu ermitteln. Allerdings räumt er ein, bei der von der italienischen Justiz gewünschten Amtshilfe „nicht alles getan“ zu haben, „was man hätte tun sollen“.

Die italienische Justiz arbeitete dann auch schneller. Im November 1999 verurteilte das Militärgericht Engel in Abwesenheit wegen 246-fachen Mordes zu lebenslanger Haft. Das Turiner Urteil beschleunigte aber nicht die Hamburger Ermittlungen.

Engel fühlte sich nicht genötigt zu handeln. Vielleicht gar den Namen zu ändern oder umzuziehen. Stattdessen stand er der italienischen Presse Rede und Antwort. Während des Verfahrens sagte er der römischen Zeitung „La Repubblica“: „Die Erben der Partisanengruppen verfolgen mich“. Nach dem

Urteil hieß es von ihm, „die Italiener sollten erst mal vor ihrer eigenen Tür kehren“ und der „Vorwurf 246 Italiener getötet zu haben, ist eine Lüge“.

Das Militärgericht sah es allerdings als erwiesen, dass der frühere Chef der Gestapo und SS in Genua von 1944 bis 1945 drei Massaker an der Zivilbevölkerung als Vergeltung für die Tötung deutscher Soldaten durch Partisanen in Ligurien und im südlichen Piemont zu verantworten habe. Als Chef der Nazi-Sondereinheiten hätte der frühere SS-Oberstleutnant im April 1944 die „Bandenaktionen“ gegen Partisanen im Kloster Benedicta befohlen, wobei 147 Zivilisten erschossen wurden. Ebenso soll er im März 1945 an der Erschießung von 18 Geiseln in dem Dorf Cravasco bei Genua beteiligt gewesen sein.

■ Wegen 246-fachen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt ■

Engel, dem die „Säuberungsaktionen“ den Namen „Henker von Genua“ und „Todesengel“ einbrachte, will von diesen Massakern nichts wissen. Alleine an die „Turchino-Aktion“ erinnert er sich. „Die Maßnahme war eine Reaktion auf einen Anschlag auf das deutsche Soldatenkino in Genua, (wobei) sechs deutsche Marinesoldaten getötet“ wurden, erklärt er: „Da die Empörung groß war, wurde Vergeltung angeordnet“. 59 Zivilisten, die wegen anderer Straftaten oder Aktionen verhaftet worden waren, führte die SS aus dem Stadtgefängnis von Marassi durch einen Wald zum Passo del Turchino, wo SS und Marineeinheiten sie erschossen. „Ich möchte betonen“, führt Engel aus, dass „diese Italiener Märtyrer waren. Sie weinten nicht, sie schrien nicht, sie flehten nicht um Gnade“. Aufgrund der „in jeder Hinsicht guten Leistung in Genua als Führer eines sicherheitspolizeilichen Kommandos“ empfahlen die Vorgesetzten „mit Wirkung vom 30. Januar 1945“ Engel zum SS-Sturmbannführer zu befördern. Engel gibt zwar zu, „mitverantwortlich“ für die „Turchino-Aktion“ gewesen zu sein, aber nicht „mitschuldig“.

Aber auch die italienische Justiz hätte vielleicht früher ermitteln können. Bei Kriegsende kam Engel in ein amerikanisches Lager und die amerikanischen Behörden boten die Auslieferung des „Kriegsverbrechers“ an. In den Nachkriegswirren folgte jedoch keine Anforderung aus Rom. 1947 floh Engel dann aus der Gefangenschaft, kehrte nach Hamburg zurück und machte Karriere als

Holzkaufmann. Ein „Gewinner des Kalten Kriegs“, resümiert der Militärgeschichtler Gerhard Schreiber Engels Nachkriegsweg. Dessen berufliche Karriere im Edelholz-Import kam auch nicht 1969 ins Stocken. Bereits damals hatte die Hamburger Staatsanwaltschaft gegen den 1909 in Warnau an der Havel geborenen Engel ermittelt, aber im selben Jahr stellten sie das Verfahren provisorisch ein. Die Gründe kann Rüdiger Bagger nicht nennen. Weder seien die Akten auffindbar, noch könne der Sachbearbeiter sich erinnern.

Der bundesdeutschen Justiz muss allerdings sowohl Engels Vergangenheit als auch Wohnort bekannt gewesen sein. Von den 60er-Jahren an wurde er in diversen Verfahren vernommen, erklärt das Bundesarchiv, das die Akten der Ludwigsburger Zentral-Stelle zur Ermittlung von NS-Verbrechen aufbereitet. Engel habe so unter anderem in dem Verfahren gegen ehemalige Angehörige des Reichssicherheitsamt ausgesagt und stand früher auf einer Fahndungsliste der Vereinten Nationen wegen Kriegsverbrechen.

Doch jetzt will die Hamburger Staatsanwaltschaft das Verfahren so zügig wie möglich behandeln, betont Gerichtssprecherin Sabine Westphalen. Schließlich sähen sie es nun auch als erwiesen an, dass Engel für die „Turchino-Aktion“ verantwortlich sei. Allerdings kann sie nicht sagen, ob das Verfahren überhaupt vor Gericht eröffnet wird. Die Große Strafkammer 21 könnte wegen mangelnder Aussicht einer Verurteilung – nicht zuletzt aufgrund des hohen Alters des Angeklagten – das Verfahren abweisen. Damit wäre der vermutlich letzte NS-Kriegsverbrecherprozess gescheitert.

Gleich nach dem Urteil hatte die jüdische Gemeinde Italiens Engels Auslieferung gefordert, und die italienische Regierung hofft zumindest auf seine Festnahme in Deutschland. „Die Verbrechen dürfen nicht unbestraft bleiben“, sagte Italiens Justizminister Piero Fassino. Beides lehnten die deutschen Behörden ab. Denn eine Auslieferung ist trotz Engels Verurteilung zur lebenslanger Haft laut dem Grundgesetz nicht möglich, wie die Staatsanwaltschaft betont. Und da keine Verdunklungs-, Wiederholungs- und Fluchtgefahr bestehe, liege auch kein Haftgrund vor. „In Deutschland ist er am sichersten, warum sollte er fliehen“, betont Bagger. „Jedes andere Land könnte ihn bei einem Haftbefehl Italiens dorthin ausliefern“. Sollte die Strafkammer das Verfahren eröffnen, dürfte es im Sommer beginnen.

Andreas Speit

NS-Vergangenheit**Tod durch Rosshaar**

Das Attentat auf Reinhard Heydrich, den Chef des Reichssicherheitshauptamts, im Mai vor 60 Jahren.

In der Geschichte des NS-Regimes gibt es wenige Versuche, hohe Funktionäre des Regimes durch Attentate zu töten. Weltweit berühmt ist der Anschlag auf Hitler am 20. Juli 1944, der leider misslang. Weniger bekannt ist der Versuch Georg Elzers, Hitler am 8. November 1939 im Münchner Bürgerbräukeller in die Luft zu sprengen. Der erfolgreichste Anschlag auf einen der höchsten Funktionäre ist weitgehend vergessen. Dabei hat er die gesamte Führungsriege erschüttert. Gemeint ist das Attentat auf Hitlers engsten Mitarbeiter, den Chef des Reichssicherheitshauptamtes, SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich vor 60 Jahren.

Heydrich war dabei, als am 1. Juli 1934 die SA-Führung mit Ernst Röhm an der Spitze ermordet wurde. Er gehörte zu den Organisatoren der Reichspogromnacht im November 1938, er bereitete die „Endlösung der Judenfrage“ vor. Heydrich leitete die Wannseekonferenz im Januar 1942 und brachte es zum stellvertretenden „Reichsprotektor“ des „Protektorats Böhmen und Mähren“, also der Tschechoslowakei. Dieses „Protektorat“ war wegen seiner berühmten Rüstungswerke für die Nazis unersetzlich. Heydrich bekam das Amt, weil er dort „mit Zuckerbrot und Peitsche“ zu regieren versprach: Zuckerbrot für fleißige Rüstungsarbeiter, Peitsche für Widerstand. Das System funktionierte so gut, dass die tschechische Exilregierung in London beschloss, Heydrich zu beseitigen. Den Auftrag erhielten junge Tschechen, die als Fallschirmspringer in die Nähe von Prag geflogen wurden. Sie lauerten Heydrich auf, als er wie immer von seiner Wohnung zu seinem Amtssitz fuhr.

Das war am 27. Mai 1942. Am 4. Juni starb er – freilich nicht so, wie es in den meisten Lexika steht. Er erlag nämlich weder „seinen Verletzungen“, wie die „Enzyklopädie des Holocaust“ vermerkt (S. 606), noch „erlag er einem ... organisierten Attentat“, wie es im dtv-Lexikon heißt. Es war vielmehr ein Rosshaar, das ihm den Tod brachte, wie der Schriftsteller Hellmut G. Haasis kürzlich in der „Süddeutschen Zeitung“ (SZ) schrieb. Das harte Haar war aus der Sitzpolsterung in seine Milz ein-

gedrungen und hatte eine tödliche Infektion ausgelöst. Haasis hat gründlich recherchiert und Licht in dieses spektakulärste Attentat auf einen der mächtigsten Nazis gebracht.

Heydrich, geboren am 7. März 1904 in Halle an der Saale, war hochbegabt und machtbesessen. Aus der kaiserlichen Marine war er wegen einer Affäre ausgestoßen worden. Im Naziregime setzte er seine Karriere fort und brachte es schnell zum Intimus des SS-Chefs Heinrich Himmler. In Prag war er de facto der Regierungschef, weil sein Vorgesetzter ihn frei schalten und walten ließ. An jenem 27. Mai 1942 saß er wie immer in seinem offenen Dienstwagen, als in der engen Kurve ein junger Mann versuchte, auf ihn zu schießen. Die Maschinenpistole hatte aber Ladehemmung. Statt mit Vollgas wegzufahren, ließ Heydrich den Wagen stoppen, holte aus der Wagentür eine Pistole und wollte zurückschießen. Das funktionierte aber nicht – die Waffe war nicht geladen. Die seit dem Stopp verstrichene Zeit reichte dem zweiten Attentäter, eine besonders schwere Spezialgranate ins Auto zu schleudern. Sie traf Heydrich, das Auto war nicht mehr fahrtüchtig. Der Fahrer wartete, bis ein vorbei kommendes Fahrzeug den höchsten Nazi im Land aufnahm und in ein Prager Krankenhaus brachte. Dort wurde operiert, das Rosshaar in der Milz übersahen die Ärzte aber zunächst. Als die Blutvergiftung erkannt wurde, war es zu spät. Heydrich erhielt am 9. Juni in Berlin ein Staatsbegräbnis. Hitler geleitete die Familie Heydrich persönlich in die erste Reihe der Trauergemeinde. Heydrichs Tod ist ihm sehr nahe gegangen. Die Zeit der Blitzsieg ging im Sommer 1942 zu Ende. Im Winter folgte die Niederlage um Stalingrad.

Bekannter als der Anschlag sind dessen Folgen – freilich mit Einschränkungen. Die Zerstörung der kleinen Ortschaft Lidice bei Prag, wo die SS alle Männer ermordete. Die Frauen wurden ins KZ Ravensbrück deportiert, auch die Kinder, wenn sie nicht „eingedeutscht“ werden konnten. Der Reichsarbeitsdienst legte Lidice in Schutt und Asche und beseitigte alle Spuren. Den Ort sollte es nie gegeben haben, hatte Hitler befohlen. Nicht nur Lidice wurde zerstört, sondern auch andere Orte. Sie kennt kaum jemand. Lange vor dem Anschlag hatte im Protektorat die Deportation von Juden in ein Vernichtungslager begonnen. Am Tag des Berliner Staatsaktes malten SS-Männer in Prag auf eine Lokomotive „AAH“ – Attentat auf Heydrich. Die Lokomotive brachte am selben Tag einen Zug mit 1000 Juden nach Auschwitz. *Heiner Lichtenstein*

Demokratische Initiativen

Kriminelle Karrieren

Rechtsextreme Straftäter sind in zunehmendem Maße Mitglied einer Organisation oder Skinheadgruppe.

Welche Besonderheiten sind rechtsextrem motivierten Straftätern eigen? Welche Motive treiben sie zu ihren Taten? Worin bestehen Möglichkeiten der Prävention? Diesen Fragen gehen drei unterschiedliche Studien nach, die vom Bundesministerium des Innern in Auftrag gegeben wurden. Der bekannte Jugendforscher und Soziologe Klaus Wahl vom Deutschen Jugendinstitut, München leitete die Projekte und gab deren Ergebnisse unter dem Titel „Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rechtsextremismus“ heraus. Teilweise waren es Folgestudien zu Untersuchungen, die Anfang der 90er Jahre an der Universität Trier von Roland Eckert und Helmut Willems durchgeführt wurden.

Bei der ersten Analyse handelt es sich um eine als Vollerhebung konzipierte Auswertung von Polizeiakten, die sich auf Täter und Tatverdächtige des Jahres 1997 bezog. Wahl und seine Mitarbeiter werteten sie nach sozialstrukturellen Merkmalen und möglichen Belastungsfaktoren aus, skizzierten die Besonderheiten der Tatmerkmale, nahmen einen Ost-West-Vergleich und einen Vergleich bezogen auf fremdenfeindliche, antisemitische, rechtsextreme und Propagandatatverdächtige vor. Die zweite Studie wertete Urteilsschriften zu fremdenfeindlichen, antisemitischen und rechtsextremen Straftätern qualitativ und quantitativ aus. Hierbei standen insbesondere Gruppeneinflüsse und Entwicklungspfade auf dem Weg zur Täterschaft im Zentrum der Analyse. Und schließlich erforschte man die persönlichen Hintergründe und Motivationen fremdenfeindlicher Gewalttäter im Sinne einer Vertiefungsstudie mit Hilfe von Interviews. Das dabei gewonnene Informationsmaterial diente den Sozialforschern zur Aufschlüsselung biographischer Verläufe der Täter.

Folgende Ergebnisse lassen sich komprimiert festhalten: Die Struktur fremdenfeindlicher Tatverdächtiger änderte sich nicht in wesentlichen Punkten. Überwiegend handelt es sich um ledige junge Männer zwischen 15 und 24 Jahren mit formal geringer Bildung. Zugenommen habe der Anteil der weiblichen Tatverdächtigen und im Westen derje-

nigen mit mittlerer Schulbildung. Insoweit könne man von einer stärkeren Verbreitung der Delikte in bisher weniger auffälligen sozialen Gruppen sprechen. Interessanterweise sei der Arbeitslosenanteil bei den Tatverdächtigen in Ostdeutschland mit 18 Prozent niedriger als im Westen mit 24 Prozent und seit Anfang der 90er Jahre gefallen. Arbeitslosigkeit wäre insgesamt eine wichtige, aber nicht die wichtigste Bedingung, die Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus begünstige, sei doch die große Mehrzahl der Tatverdächtigen nicht arbeitslos. Zugenommen habe der Anteil der Tatverdächtigen, die bereits wegen politischer oder nicht politischer Straftaten vorher der Polizei bekannt waren oder verurteilt wurden. Dies spreche für früh beginnende und lang andauernde Kriminalitätskarrieren und ein großes Maß an Überschneidung fremdenfeindlicher und rechtsextremer Straftaten mit der allgemeinen Delinquenz. Auch sei der Anteil von Tatverdächtigen mit Mitgliedschaften in rechtsextremen Organisationen, insbesondere in Skinheadgruppen, angestiegen.

■ Viele Tatverdächtige schon vorher straffällig geworden ■

Die gewonnenen Erkenntnisse über frühere Auffälligkeiten der Täter und Tatverdächtigen deuteten bereits mehr oder weniger früher beginnende Entwicklungspfade von Aggressivität, allgemeiner Sozialauffälligkeit und Devianz, Fremdenfeindlichkeit und rechtsextremer Ideologiebildung an. Fast durchgängig zeige sich eine bereits in der Kindheit beginnende Aggressionskarriere. Häufig stammten die Täter aus Elternhäusern mit einem deutlich gewalttätigeren Familienklima als in den untersuchten Kontrollgruppen. Aus diesen Erkenntnissen ließen sich Schlussfolgerungen für Präventionen ziehen: Emotional auffälligen Kindern müsste viel früher und individueller Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die schulische Sozialisation fremdenfeindlicher Gewalttäter sei durch zunehmendes Leistungsversagen, Schulabbruch und delinquentes Verhalten geprägt. Hier eröffneten sich aber auch für die Schulen Möglichkeiten zum Gegensteuern, etwa durch die stärkere Aufmerksamkeit für die emotionale und soziale Entwicklung von Kindern.

Die Studie verdient zum einen großes Interesse, weil sie teilweise als Fortsetzung früherer Forschungen auf breiter Datengrundlage konzipiert wurde. Dies gestattet vergleichende Betrachtungen bezogen auf Kontinuitäten wie Veränderungen bei

den rechtsextrem motivierten Straftätern. Zum anderen handelt es sich um eine methodisch mehrdimensional konzipierte Untersuchung, die sich unterschiedlicher Vorgehensweisen bedient und so jeweils auch die Ergebnisse des anderen Verfahrens kontrollierend mit berücksichtigt. Die Sozialwissenschaftler bekunden offen, wo bestimmte Fragen nicht beantwortet werden können und sich unterschiedliche Deutungen anbieten. Eine Reihe von methodischen Problemen hängt damit zusammen, dass sie keine eigenständige Datenerhebung vornehmen konnten und die Informationen der Polizei übernehmen mussten. Dies erklärt auch die mitunter irritierenden Kategorienbildungen von antisemitischen, fremdenfeindlichen und rechtsextremen Straftaten, bilden doch die ersten beiden Varianten Bestandteile der letztgenannten.

Kritikwürdig wäre zum einen die Verwendung einer auf Ungleichgewichtsideologie und Gewalt bezogenen Rechtsextremismusdefinition im Sinne des Jugendforschers Wilhelm Heitmeyer (vgl. S. 190). Diese Begriffsbestimmung vernebelt Einstellungs- und Handlungsebenen und ignoriert das Bestehen eines nicht-gewaltbereiten Rechtsextremismus. Zum anderen verdient die einseitige Fixierung auf die kindliche Sozialisation kritische Aufmerksamkeit. Überzeugend können die Sozialforscher belegen, dass die überwiegende Mehrheit der Täter und Tatverdächtigen Erfahrungen von Aggressionen und Gewalt gemacht haben und ein sozial abweichendes Verhalten schon in einer frühen Kindheitsphase an den Tag legten. Warum sich damit verbundene Emotionen aber in einem rechtsextremistischen Sinne artikulierten, bleibt unklar. Der Hinweis auf ideologische Einflüsse aus dem Elternhaus oder der Freizeitclique liefert dafür keine ausreichende Erklärung. Ausführungen zu den Ideologisierungsprozessen in den Köpfen der Täter und zur Bedeutung gesamtgesellschaftlicher Rahmenbedingungen als Folie des damit verbundenen Prozesses findet man in der Studie nicht. Gleichwohl handelt es sich um eine breit angelegte und analytisch informative Forschungsarbeit zu rechtsextrem motivierten Straftätern.

Armin Pfahl-Traugher

Klaus Wahl (Hrsg.), Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rechtsextremismus. Drei Studien zu Tatverdächtigen und Tätern (Reihe: Texte zur Inneren Sicherheit, hrsg. vom Bundesministerium des Innern), Berlin 2001, 347 Seiten. Die Broschüre kann kostenlos angefordert werden bei: ibro Funk- und Marketing GmbH, Kastanienstraße 1, 18184 Roggentin, Tel. 038204/66543.

Demokratische Initiativen

Getarnte Neonazis

Nach Recherchen der Herausgeber der 80-seitigen Broschüre „... In der Mitte angekommen. Rechtsextremismus und gesellschaftliche Gegenaktivitäten in Mecklenburg-Vorpommern“ existieren im nördlichsten Bundesland rund 50 Kameradschaften. Eine der zahlenmäßig stärksten ist der „Kameradschaftsbund Anklam“ (KBA) mit einem Kern von 20 Aktivisten um Sven Riske, Maik Schildt und Steffen Hoyer. Enge Zusammenarbeit pflegt der KBA mit dem „Kameradschaftsbund Usedom“, der von Enrico Hamisch geleitet wird.

Umgeben ist die Neonazi-Szene in Mecklenburg-Vorpommern von einem Netz brauner Devotionalienläden- und Versanddienste sowie so genannter „Bürgerinitiativen“. So weist die „Bürgerinitiative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ personelle Überschneidungen mit dem KBA auf. Einer der Neonazi-Treffs in Anklam ist der Szeneladen „New Dawn“ von Markus Thielke. Dort sei, so informiert die Broschüre, von einschlägigen „Klamotten bis zu indizierter Musik“ alles erhältlich, was das nationale Herz höher schlagen lasse. Bundesweit bekannt ist in Neonazi-Kreisen der „Zentralversand“ von Oliver Lühr in Boizenburg, der unter anderem das im Wolf-Verlag von Klaus Bärthel herausgegebene Blatt „Zentralorgan“ vertreibt. Auch der NPD ist ein eigenes Kapitel gewidmet. Abschließend folgt eine Auseinandersetzung mit Einrichtungen der Jugendarbeit, der Entwicklung der Resonanz rechter Einstellungen bei Jugendlichen und mit Aktivitäten gegen Rechts. *A.M.*

Produktion und Vertrieb: Rat. Reihe antifaschistischer Texte c/o Schwarzmarkt, Kl. Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ein Exemplar kostet 3 EUR plus 1 EUR Versandkosten gegen Vorkasse.

Hinweis

Berlin – In der Reihe „Lebenszeugnisse“ spricht Wolfgang Benz, Leiter des Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung, mit Angela Martin über „Zwangsarbeit in der Dreilinden Maschinenbau GmbH Kleinmachnow“. Die Autorin hat mit 50 Überlebenden aus dem KZ Ravensbrück, die 1944 zur Zwangsarbeit bei der Tochterfirma des Bosch-Konzerns eingesetzt waren, Gespräche geführt.

Donnerstag, 25. April, 20 Uhr: Literaturforum im Brechthaus, Chausseestraße 125, 10115 Berlin

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten**

„Nation&Europa“ (NE), 52. Jg., Heft 4/2002: Franz Schönhubers Kolumne, in der er sich mit der Kommunalwahl in Bayern befasst – die Republikaner landeten nach landesweiten 5,4 Prozent 1990 bei 0,8 Prozent – liest sich wie die Dokumentation des schmerzlichen Scheiterns; man kann sie aber auch als Beleg für die Lernfähigkeit von Wählern betrachten. Für NE-Leser ist das alles nicht neu, Schönhuber dreht sich, seit er diese Kolumne schreibt, stets um sich selbst. Schönhuber macht sich aber Mut, „der ursprüngliche Gedanke lebt weiter“. Die von ihm Ende vergangenen Jahres entwickelte Idee zur Gründung einer neuen „Widerstands“-Partei, wird in zwei Beiträgen (Roland Wuttke sowie Christian Böttger – DSU/Hofgeismarkreis/DAO) unterstützt. Die Spendenaffären in der SPD (mit Rückblick auf die Kohl-/Kochaffäre der CDU und Affären in der Weimarer Republik) werden dankbar aufgegriffen und als Scheitern des Systems interpretiert. Dankbares Thema ist naturgemäß die V-Mann-Affäre, man zieht die Verbindung zur DDR, schon Mielke mit seiner Horch- und Gucktruppe habe „Neonazismus“ vorgetäuscht (Thomas Spindler), dabei wird auch die seinerzeit von Franz Josef Strauß verbreitete These einbezogen, die erste spektakuläre Synagogenschändung an Heiligabend 1959 in Köln sei eine DDR-Operation gewesen. Das Dauerthema Zuwanderung wird weiter gepflegt mit Hinweis auf das von den REP in Niedersachsen beantragte Volksbegehren, als modellhaft gilt die Rechtswende in Dänemark und den Niederlanden. Beifall erfährt der brandenburgische Sozialminister Alwin Ziel mit seinem Vorschlag, für die Vereinigung Berlins und Brandenburgs den Namen Preußen zu reaktivieren, Preußen sei eben mehr als ein Staat, sondern eine Idee gewesen, „wittert Michel doch, dass sich etwas ändern muss?“, fragt Karl Richter. Ungewöhnlich für NE ist die Klage über die schleppende Auszahlung der Zwangsarbeiterentschädigung. Hitlers Sekretärin Traudl Junge, die kurz vor ihrem Tod mit ihren Erinnerungen an die Öffentlichkeit getreten war, wird als Märtyrerin präsentiert, sei sie doch „durch die jahrzehntelange ‘Vergangenheitsbewältigung’ bereits depressiv geworden“. Zu guter Letzt darf man sich schließlich noch an den „ökologischen und landschaftsästhetischen ... über heutige Standards hinaus“-gehenden Planungen der Reichsautobahn erfreuen (für 25,80 Euro bei NE). (khr)

Bücherschau**Profunde Analysen**

Das von dem Historiker Wolfgang Benz herausgegebene „Jahrbuch für Antisemitismusforschung“ versteht sich als Forum für wissenschaftliche Beiträge zur Antisemitismus- und Minderheitenforschung. Die 16 von Historikern, Politologen und Sozialwissenschaftlern verfassten Aufsätze widmen sich unterschiedlichen Themengebieten: Zunächst geht es um Friedhofsschändungen mit einer Deutung der Schändungen als symbolisierter Verweigerung der Auferstehung, eine nachträgliche Betrachtung zum Streit um den jüdischen Friedhof Ottensen von 1993, einen Überblick zu den Friedhofsschändungen in der Bundesrepublik und eine Fallstudie zur Schändung von Grabstätten in der früheren DDR.

Die dem Antisemitismus gewidmeten Beiträge beschäftigen sich mit dem Sturz des jüdischen „Eisenbahnkönigs“ Bethel Henry Strousberg zur Zeit der Reichsgründung, der Rolle jüdischer Studentenverbindungen im Kaiserreich bei der Abwehr des Antisemitismus, „Judenbilder“ in der Karikatur als historischer Quelle, den antisemitischen Einstellungen in Österreich nach 1945, der Rezeption des Holocaust-Leugners Roger Garaudy in arabischen Medien und der Leugnung des Holocaust in Japan. Zum Komplex Nationalsozialismus/Faschismus finden sich Texte über den österreichischen Widerständler Hermann Zeiz, das Massaker von Kamenetz-Podolsk Ende August 1941, das Wirken von Guido Landra als Leiter des „Amtes zum Studium des Rassenproblems“ im faschistischen Italien. Der Abschnitt über Migration enthält auch eine Darstellung zur Fürsorgepolitik des Refugee Children's Movement zur Integration deutsch-jüdischer Flüchtlingskinder in die britische Gesellschaft. Mit dem zehnten Jahrgang des Bands des Zentrums für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin ist wieder eine beachtenswerte Zusammenstellung von Texten über aktuelle Erkenntnisse aus der Forschung zum Antisemitismus und Nationalsozialismus, zu Holocaust-Leugnung und jüdischer Geschichte entstanden. Die einzelnen Beiträge sind überwiegend direkt aus den Quellen herausgearbeitet worden und nehmen beachtenswerte Analysen und Interpretationen vor. **A.Pf.-T. Wolfgang Benz (Hrsg.), Jahrbuch für Antisemitismusforschung 10, Frankfurt/M. 2001 (Campus-Verlag), 386 Seiten, 19,90 EUR.**

Meldungen**Inland**

■ **Dortmund** – Das Amtsgericht Dortmund hat den 48-jährigen Neonazi Siegfried Borchardt (genannt „SS-Siggi“) wegen gefährlicher Körperverletzung, Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung zu neun Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. Der mehrfach vorbestrafte Ex-FAP-Funktionär hatte gestanden, im September 2001 die Wohnungstür eines missliebigen Kameraden eingetreten, den Mann aus seinem Bett gezerrt, danach getreten und mit Faustschlägen attackiert zu haben.

■ **Dresden** – Ein Spektakel der besonderen Art will die Junge Landsmannschaft Ostpreußen (JLO) am 8. Mai, „dem Tag der Niederlage“, veranstalten. „Die Aktion soll an die Flüchtlingstrecks aus den Ostgebieten, die in Dresden eintrafen, erinnern“, haben sich die Nachwuchs-Vertriebenen ausgedacht. Die Teilnehmer werden von der JLO aufgefordert, „sich im Stil der 40er Jahre zu kleiden und Handwagen mitzuführen.“ Bis Januar 2000 war die JLO die Jugendorganisation der Landsmannschaft Ostpreußen. Seit der Trennung arbeitet der JLO-Landesverband Sachsen/Niederschlesien mit der NPD zusammen. Die JLO wird seit 1999 vom Verfassungsschutz beobachtet.

■ **Eisenach** – Der Neonazi Patrick Wieschke wurde vom Amtsgericht Eisenach wegen Körperverletzung zu sieben Monaten Jugendhaft verurteilt (BNR 4/02). Der ursprüngliche Vorwurf der versuchten räuberischen Erpressung und Nötigung konnte gegen den Neonazi nicht aufrechterhalten werden, heißt es im Urteil. Wieschke ist die treibende Kraft des „Nationalen und Sozialen Aktionsbündnis Westthüringen“ (NSAW). Der NPD hat Wieschke, zuletzt Landesvize der Jungen Nationaldemokraten in Thüringen, zur Jahreswende den Rücken gekehrt. Am 27. April wollen der NSAW, der „Nationale Widerstand Jena“ und die „Kameradschaft Ostara“ im Großraum Eisenach eine Veranstaltung mit Harald Neubauer, Mitherausgeber der Zeitschrift „Nation&Europa“, durchführen. Einladungen zu der Veranstaltung werden von Marko Polzius (NPD) per E-Mail verschickt.

■ **Hamburg** – Auf Initiative von Baldur Springmann (Jg. 1912) und Klaus Kaping (Jg. 1940) wurde im März eine Aktionsgemeinschaft der Deutschlandliebenden (ADL; mit Postfachadresse in Ham-

burg) gegründet. Die ADL soll, so Springmann, „nicht als Verein oder Organisation in Konkurrenz zu anderen Verbänden gesehen werden“, sondern als „überparteiliche und freie Aktionsgemeinschaft, die zukünftig in öffentlichkeitswirksamen Aktionen auf elementare Interessen des deutschen Volkes aufmerksam machen will.“ Springmann und Kaping waren zuvor in der Deutschen Aufbau-Organisation (DAO) von Alfred Mechtersheimer engagiert. Das ADL-Konzept ähnelt stark dem der inzwischen aufgelösten DAO.

■ **Kassel** – Zwischen der Skinhead-Band „Hauptkampflinie“ aus Kassel und dem Betreiber des Schweizer Labels „Wehrwolf-Records“ ist ein heftiger Streit entbrannt. Hintergrund ist ein Konzert im September vergangenen Jahres in der Schweiz. Die Combo soll nach dem Auftritt vor dem Hotel mehrere Personen angegriffen haben. Daraufhin hat der Schweizer Versand auf seiner Homepage gefordert, von der „asozialen“ Gruppe keine CDs mehr zu kaufen. Im Internet hat „Hauptkampflinie“ nun angekündigt, man werde sich „für diese Schweinerei revanchieren“. Allerdings räumte Sänger Oliver ein, er habe einem Passanten eine Ohrfeige gegeben, weil die Band vor dem Hotel „angepöbelt“ worden sei. Außerdem sei der Schlagzeuger der Band einem anderen Passanten nachgejagt.

■ **Köln** – Gegen den angedachten Bau einer Moschee in Küppersteg bei Köln macht eine „Leverkusener Offensive e.V.“ mobil. In einer Presseerklärung der „Offensive“ wird Protest gegen den Neubau angekündigt. Gezeichnet ist die Erklärung von Judith Wolter, Unterzeichnerin der vom Friedenskomitee 2000 initiierten Unterschriftenkampagne „Ist 'Big Brother' schon allgegenwärtig“, die auch der rechtsextremen Organisation Pro Köln angehört. Kopf der „Offensive“ ist Hans-Dieter Stermann (Jg. 1951), technischer Angestellter beim Chemiegigant Bayer. Stermann gehörte früher den Republikanern an. Die „Leverkuser Offensive“ bildet „erklärtermaßen einen Zweig“ der aufgelösten DAO von Alfred Mechtersheimer.

■ **Köln** – Breiter Widerstand formiert sich in Köln gegen das „Signal Pressefest“, das am 29./30. Juni in der Rheinmetropole stattfinden soll. Angaben der Homepage zufolge sollen als Redner neben dem „Signal“-Macher Manfred Rouhs die bekannten Rechtsextremisten Alfred Mechtersheimer und Harald Neubauer auftreten. Musikalisch wollen die einschlägigen Bands „Eskil“, „Nordwind“ und „Von

Thronstahl“ („die Kultgruppe um Josef Klump“ alias Jay Kay) aufspielen. Das „Pressefest“ wird unterstützt von der „Initiative IDM“ (= „Identität durch Musik“).

■ **Krefeld** – Der Neonazi-Aussteiger Stefan Michael Bar sitzt seit Anfang März wieder im Gefängnis. Der 25-Jährige ist im Zug nahe der deutsch-niederländischen Grenze mit größeren Mengen Rauschgift erwischt worden. Die Ermittler fanden bei einer Kontrolle eineinhalb Kilo Haschisch und über 60 Ecstasy-Pillen. Bar, der wegen Volksverhetzung, Bedrohung, Beleidigung und anderen Delikten vorbestraft ist, hatte im Sommer vergangenen Jahres in einem Fernsehmagazin seinen Ausstieg inszeniert. Obwohl er mehrfach gegen Bewährungsaufgaben verstoßen hatte, wurde er im November 2001 erneut zu 15 Monaten auf Bewährung verurteilt. Nun drohen ihm mehrere Jahre Haft. Mit den Drogengeschäften ist Bar zu seinen Wurzeln zurückgekehrt, denn schon vor seiner Zeit als Neonazi hatte er als kleiner Drogenkurier am Stuttgarter Hauptbahnhof Geld verdient.

■ **Ludwigshafen** – Im Südwesten der Republik rangeln die freien Kameradschaften und die NPD um Anhänger für die Demonstrationen am Tag der Arbeit. Während die freien Nationalisten um den Hamburger Christian Worch schon seit Monaten wieder für die bundesweite Demonstration am 1. Mai in Frankfurt mobilisieren, hat nun die rheinland-pfälzische NPD im nicht mal 100 Kilometer entfernten Ludwigshafen eine Kundgebung angemeldet. Die Partei rechnet mit 300 Anhängern. Im vergangenen Jahr hatte die NPD trotz der Demonstration in Frankfurt eine eigene Veranstaltung im nahegelegenen Mannheim durchgezogen.

■ **Stockstadt** – Hinter den Anschlägen vom 11. September in den USA steckt Israel. Diese Meinung vertritt Paul Muenzer in der aktuellen Ausgabe der „Huttenbriefe für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht“. Der „vielgeschmähte Bin Laden“ habe, so Muenzer, mit den Anschlägen „gar nichts“ zu tun, sondern sei „nur der Sündenbock“. Muenzer hofft, dass die „kriminellen Organisatoren“ des 11. September bekannt werden, „bevor von interessierter Seite alles vernebelt und alle Spuren verwischt werden!“ Muenzer greift regelmäßig für rechtsextreme Periodika wie „Phoenix“, „Der Freiwillige“ sowie „Recht und Wahrheit“ zur Feder.

■ **Stralsund** – Die NPD in Mecklenburg-Vorpommern will auch in diesem Jahr mit so genann-

ten „Kinderfesten“ auf Nachwuchssuche gehen. Am 11. Mai veranstaltet die NPD Stralsund ein Fest für Kinder. Essen und Getränke sind für den Nachwuchs kostenlos; verschiedene Spiele und Aktivitäten sollen mit Preisen belohnt werden. Für den 1. Juni ist dann ein „Kinderfest“ in Greifswald geplant. Beim ersten NPD-„Kinderfest“ am 2. Juni vergangenen Jahres in Greifswald waren rund 150 Mädchen und Jungen anwesend. Im Sommer 2001 fanden weitere NPD-„Kinderfeste“ statt, unter anderem in Rostock.

■ **Ulm** – Wegen des unerlaubten Besitzes von Haschisch in nicht geringer Menge hat das Ulmer Schöffengericht den 34-jährigen Sportstudenten Torsten Moeske zu 20 Monaten Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt. Moeske, vormals Betreiber des in Ulm ansässigen Versandhandels für rechtsextreme Tonträger „Clockwork-Records“, wurde im Oktober 1999 wegen Volksverhetzung bereits zu einer Freiheitsstrafe von 18 Monaten verurteilt. 1994 kandidierte Moeske in Ulm auf der Liste der Republikaner zur baden-württembergischen Kommunalwahl.

■ **Wehr** – Der Rechtsextremist Rolf Melzner aus dem baden-württembergischen Wehr (Kreis Waldshut-Tiengen) scheint unbekannt verzogen zu sein. Der braune Barde Frank Rennie (36) sucht den ehemaligen südbadischen NPD-Landtagskandidaten Melzner per Kleinanzeige in der „Deutschen Stimme“ „wegen zivil- und strafrechtlicher Verfolgung. Wer kann Aufenthalt und persönliche Erfahrungen nennen? Wer wurde von ihm betrogen?“ Der Jura-Student Melzner war nicht nur vorübergehend bei der neonazistischen Gefangenenhilfsorganisation HNG aktiv, sondern stand auch seit 1997 einer „Vereinigung zum Schutz der Bürgerrechte“ (VSB) vor. Die VSB hatte es sich zum Ziel gesetzt, der rechtsextremen Szene juristische Kenntnisse und Hilfe zu verschaffen. Dazu sollte auch Geld für die Förderung von Jurastudenten mit rechter Gesinnung gesammelt werden (vgl. BNR 6/98). Die Initiative war aber bereits Anfang 1999 ohne große Resonanz wieder eingeschlafen.

■ **Wunsiedel** – Der Neonazi und Rechtsanwalt Jürgen Rieger (55) mobilisiert seit Jahresanfang zum Rudolf-Heß-Gedenkmarsch. Im Sommer jährt sich der Todestag des einstigen Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß zum 15. Mal. Nach dessen Tod am 17. August 1987 im alliierten Militärgefängnis zu Berlin-Spandau begann im Folgejahr die braune Tradition der alljährlichen Gedenkmärsche. Zu Beginn

fand das Spektakel in Wunsiedel, dem Ort des Familiengrabes, statt. Später wich man in das gesamte Bundesgebiet und ins benachbarte Ausland aus. Ende der 90er Jahre verlor der zentrale Rudolf-Heß-Gedenkmarsch jedoch an Bedeutung. Im vergangenen Jahr ging es nach zehn Jahren Pause wieder nach Wunsiedel zurück. An der Spitze der rund 800 dort versammelten Rechtsextremisten stand der Szene-Anwalt Jürgen Rieger.

Ausland

■ **Österreich (Feldkirch)** – Der Vorarlberger Neonazi und Holocaust-Leugner Walter Ochensberger, der jüngst vom Landgericht Feldkirch wegen „nationalsozialistischer Wiederbetätigung“ zu zwei Jahren Haft, davon 16 Monate auf Bewährung, verurteilt wurde, hetzt nun vom Knast aus. In seinem „1. Brief aus der politischen Gesinnungshaft“ bezeichnet er den „gelben Davidstern“ als „Symbol des jüdischen Chauvinismus und Auserwähltheitswahns“. Er wehklagt, dass das „deutsche Volk, dank des Weltpolizisten USA, vor die Hunde geht.“ Die USA selbst sei eine von den „Auserwählten“ geführte und gegängelte Weltmacht“. Ochensberger, der von der Justizvollzugsanstalt Feldkirch aus „herzliche Grüße“ an seinen Kameradenkreis richtet, appelliert an diesen: „Sorgen wir dafür, dass die Bäume dieser Völkermörder nicht in den Himmel wachsen!“

■ **Österreich (Wien)** – In wenigen Tagen soll die Gründung einer Nationaldemokratischen Partei Österreichs (NPÖ) erfolgen. Mittels einer Anzeige in der „Bezirksrundschau Oberwart“ wurde bereits das Acht-Punkte-Programm der NPÖ vorgestellt. Darin wird für eine „nationale Volksgemeinschaft“ plädiert, die Nicht-Österreicher ausschließt. Sozialpolitik bedeutet schließlich für die NPÖ „Solidarität des Volkes mit seinen Angehörigen“. Arbeitsplätze, so heißt es Programm, „sind zuerst an Österreicher zu vergeben“. Gefordert wird die „Wiedereinführung der Todesstrafe bei schweren Fällen“. NPÖ-Kontaktperson ist ein Herr Maierhofer.

■ **Schweiz (St. Gallen)** – Das Bezirksgericht St. Gallen verurteilte den 28-jährigen Skinhead Pascal Lobsiger zu sechs Monaten Gefängnis ohne Bewährung. Lobsiger, der seit über zehn Jahren als Naziskin auftritt, hatte zusammen mit einem weiteren und ebenfalls verurteilten Skin Ende August 2000 in St. Gallen in der Nähe eines Treffpunktes einen Farbigen niedergeschlagen. Nach kurzer Zeit standen sich dann rund 50 Skinheads und 80 Far-

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

DDVG Stresemannstr.30 10963 Berlin
PVST, DPAG, Entgelt bezahlt, A 13861 8
Heft 08-2002 Abo 401917

Antifaschistisches Pressearchiv und
Falkensteinstr. 46

10997 Berlin

bige gegenüber. Der Polizei gelang es weitgehend, weitere Schlägereien zu verhindern. Lobsiger gehört seit mehreren Jahren zu den aktivsten Organisatoren der Schweizer Glatzenszene. Im November 1995 organisierte er einen Angriff von über 50 Naziskins auf ein „Festival für Völkerverständigung“ im Kanton Luzern. Er erhielt dafür ein Jahr Gefängnis ohne Bewährung. Am 1. August 2000 war Lobsiger der Anführer jener rund 120 Rechtsextremisten, die am Schweizer Nationalfeiertag auf dem Rütli aufmarschierten und die Rede des Schweizer Bundespräsidenten störten. Lobsiger hat gegen die neueste Verurteilung umgehend Berufung eingelegt.

Impressum

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung:

Taha Kahya, Vertrieb
Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

SEB AG, BLZ: 100 101 11, Konto-Nr.: 192 110 790 0
Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement

Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto

Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto

Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.